



KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 17. Mai 2022
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

A 683 Anfrage Sager Urban und Mit. über das Lernen von Französisch in der Luzerner Volksschule / Bildungs- und Kulturdepartement

Urban Sager ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Urban Sager: Ich danke der Regierung für die Beantwortung meiner Fragen zum Französischunterricht in der Volksschule. Die Motivation zur Anfrage sind die damaligen Versprechungen im Rahmen der Initiative «Eine Fremdsprache auf der Primarschule». Im Abstimmungskampf wurde dannzumal von der Regierung versprochen, den Französischunterricht attraktiver zu gestalten, eine Lektion mehr einzuplanen und ein neues Lehrmittel einzusetzen. Zwar habe ich damals die Initiative abgelehnt, aber die Probleme des Französischunterrichts auf der Primarschule durchaus gesehen und ernst genommen. Folglich interessiert mich nun fünf Jahre nach der Abstimmung, wo wir heute diesbezüglich stehen. Die Auswirkungen der Erhöhung der Französischlektionen kann der Regierungsrat Stand heute noch nicht beantworten. Angesichts der intensiven Debatte um die Initiative von damals ist dies etwas enttäuschend. Hier wäre eine Evaluation der Wirkung angezeigt. Beim neuen Lehrmittel wird die Einführung Ende des aktuellen Schuljahres abgeschlossen sein. Meines Erachtens wäre dies ein guter Zeitpunkt, um der Wirkung der zusätzlichen Lektionen und dieses neuen Lehrmittels etwas nachzuspüren, selbst wenn das Bildungs- und Kulturdepartement (BKD) natürlich recht hat, dass es schwierig abzuschätzen ist, ob diese Änderungen nun auf die Motivation und die Kompetenzen der Lernenden eine Auswirkung haben. Das sehe ich auch so, denke aber trotzdem, dass man es sich da etwas gar einfach macht, hatte man doch den Befürworterinnen der Initiative damals versprochen, die Situation nachhaltig zu verbessern. Also sollte man fünf Jahre später auch Antworten liefern können. Alle jungen Menschen sollen im Verlauf ihrer Ausbildung mindestens einmal an einer länger dauernden Austausch- und Mobilitätsaktion teilnehmen. Davon bin ich überzeugt, und dies ist auch eine zentrale Forderung aus dem Themenschwerpunkt Sprachen und Austausch der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK). Von diesem Ziel sind wir leider im Kanton Luzern weit entfernt. Im Schuljahr 2018/2019 haben 22 Schülerinnen auf der Primarstufe und 10 auf der Sekundarstufe einen Sprachaustausch wahrgenommen. Der Regierungsrat bringt in seinen Antworten auf meine Fragen zum Ausdruck, dass er den sich präsentierenden Zustand ebenfalls nicht gut findet. Allerdings weiss er nichts über die Gründe für diese tiefe Quote. Dies überrascht. Wenn man einen Zustand nicht gut findet sowie die Idee und den Zweck dahinter befürwortet, dann muss man meines Erachtens den Gründen auf die Spur geben. Der grosse Nutzen von Sprachaufenthalten ist unbestritten. Der Regierungsrat erläutert dies umfassend in der Antwort zu Frage 5. Nebst realen Erfahrungen mit einer Fremdsprache, was die Motivation steigert, profitieren Kinder im Bereich ihrer sozialen und fachlichen Kompetenzen und lernen

einen anderen Landesteil vertieft kulturell kennen. Die Regierung schreibt, dass vor diesem Hintergrund Massnahmen nötig sind, um die Anzahl der Sprachaufenthalte zu erhöhen. Damit bin ich vollkommen einverstanden. Allerdings werden dann alle möglichen Massnahmen im Konjunktiv beschrieben. Ich sage also allez-hopp hin zu konkreten Massnahmen.

Bernhard Steiner: Rund fünf Jahre nachdem die Regierung in ihrer Botschaft zur Fremdspracheninitiative versprochen hat, das Ausbildungsniveau im Französischunterricht zu verbessern, ist noch immer unklar, ob die zusätzliche Französischlektion in den 5. und 6. Klassen überhaupt etwas gebracht hat. Auch auf die Frage, ob das neue Lehrmittel dazu geführt hat, dass die Kompetenzen bei den Schülern auf der Primarstufe besser werden, bleibt die Antwort nichtssagend. Dazu kommt die Tatsache, dass kaum Schüler und Schülerinnen einen Sprachaustausch in der Romandie machen, obwohl auch dies als Argument im Abstimmungskampf immer wieder angeführt wurde. Für mich ergibt sich daraus die klare Erkenntnis, dass zwischen politischen Versprechen und der Realität nicht selten grosse Unterschiede bestehen.

Priska Häfliger-Kunz: Gerne hätte ich mein Votum hier auf Französisch gehalten, nur fehlt mir leider der erforderliche Wortschatz zu dieser schönen Sprache, und ich gehe davon aus, damit noch lange nicht allein hier im Saal zu sein. Gemäss Lehrplan wird ab der 5. Klasse Französisch unterrichtet. Aus der Antwort der Regierung wird ersichtlich, dass das neue Lehrmittel von den Lehrpersonen positiv beurteilt wird. Wir alle wissen wahrscheinlich auch aus persönlichen Erfahrungen, dass eine neue Sprache nicht einfach zu erlernen ist, es ist jedoch einfacher, wenn man noch jung ist. Entscheidend ist jedoch, wie der Lernstoff vermittelt wird, nicht nur im Französisch. Wenn die Lehrperson mit viel Freude und Kreativität die Sprache zu den Schülern und Schülerinnen bringen kann, so ist der Erfolg besser. Aber man weiss auch, dass der grösste Lerneffekt eintritt, wenn man die Sprache vor Ort in einem Sprachaustausch lernen darf. Leider ist es auch in den vergangenen Jahren nicht gelungen, mit Französisch sprechenden Kantonen unkomplizierte Vereinbarungen zu treffen, um Schulabgängern und -abgängerinnen, welche das fünfzehnte Lebensjahr um ein paar Wochen nicht erreicht haben, ein Aufenthaltsjahr in der Schule zu ermöglichen. Es ist wichtig, dass die jungen Menschen neben der Sprache auch die Kultur unserer kleinräumigen Schweiz und der Landesteile kennenlernen. Es ist zu begrüessen, dass die Dienststelle Volksschulbildung so Lehrpersonen, Lernende wie auch Eltern und Anbieter dabei unterstützt, diese Chancen für eine wertvolle Erfahrung eines Austausches zwischen den Sprachregionen zu ermöglichen und zu erleichtern.

Rosy Schmid-Ambauen: Sich über den Französischunterricht und die Bildungsrendite und über die Art der Umsetzung im Kanton Luzern Gedanken zu machen, ist einige Jahre nach der Ablehnung der Initiative «Eine Fremdsprache auf der Primarschule» durch Regierung und Volk angebracht. In der Antwort schreibt die Regierung zu Frage 3: «Der Französischunterricht hat durch das neue Lehrmittel und die zusätzliche Lektion in der 5. und 6. Primarklasse eine Aufwertung erfahren. Allerdings ist schwierig abzuschätzen, ob sich dies nachhaltig auf die Motivation und die Kompetenzen der Lernenden auswirkt.» Diese Antwort ist wenig verständlich. Als es um die Ablehnung der Initiative ging, konnte die Regierung sehr wohl abschätzen, dass sich die zusätzliche Lektion und das zusätzliche Lehrmittel sehr positiv auswirken werden und die bestehenden Schwächen damit ausgemerzt würden, dass also der Französischunterricht gleichsam strahlen würde. Sie sprach damals ebenfalls von Massnahmen an der Pädagogischen Hochschule (PH), um die Lehrpersonen besser darauf vorzubereiten und zu motivieren. Aber bereits an der PH ist das Fach Französisch in der Regel unterbelegt, und Massnahmen wie zusätzliche Schulungen der Lehrpersonen wurden schon mehrmals umgesetzt. Die Mobilitätsquote von Schülern mit Welschlandaufenthalt scheint mit 0,1 Prozent doch sehr bescheiden. Es müsste wohl das Schwergewicht auf die Motivation und auf das Wecken der Freude der Kinder und Jugendlichen am Französisch gelegt werden, so würde das Interesse an einem Aufenthalt in Französisch sprechenden Gebieten und auch am Französischunterricht automatisch grösser. Hierzu sind natürlich die Lehrpersonen als Erste angesprochen. Wie es Priska

Häfliger angetönt hat, ist Französisch eine der schönsten, galantesten und wohlklingendsten Sprachen. Nicht zuletzt kommt ja auch das *Savoir-vivre* aus dieser Sprache. Darum würde es die FDP-Fraktion begrüßen, wenn hier bald einmal eine Besserung eintreten würde.

Jonas Heeb: Vielen Dank an Urban Sager für das Einreichen dieser Anfrage. Merci auch für die Beantwortung. Allerdings lässt uns die Beantwortung etwas ratlos zurück. Zwar sind die Fragen im Rahmen des Möglichen beantwortet, jedoch fehlen Angaben zur Haltung dazu respektive Absichtserklärungen. Verständlich ist, dass die Qualität des Französischunterrichts nicht im Rahmen dieser Anfrage en détail erhoben werden kann. Jedoch hätten wir es begrüsst, wenn punktuell ein Feedback zur Abschätzung der Wirkung der zusätzlichen Lektion eingeholt worden wäre. Vor allem bleibt aber auch offen, ob es wünschbar wäre, solche Informationen zu haben. Ist also der Regierungsrat mit dem geringen aktuellen Informationsstand zufrieden, oder würde eine Erhebung gewünscht? Falls nicht, warum nicht? Ähnlich ratlos macht mich die Antwort zu Frage 4 zu den Austauschaktivitäten. Natürlich ist es schade, dass der Kanton Luzern in der Umfrage der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF) nicht repräsentiert ist, dies weil kein Auftrag dazu besteht. Nur, wäre dann ein solcher Auftrag gewünscht, oder ist man froh, eben gerade keinen solchen zu haben? Die Haltung der Regierung dazu bleibt unklar, was wir schade finden. Ein Auftrag kann gerne erteilt werden, so er denn gewünscht wäre. Dazu müsste diese Haltung aber dargelegt werden. Auch steht in der Antwort, dass für eine Verankerung eine Partnerschaft mit einem Kanton in der Romandie eingegangen werden müsste. Hier stellt sich wiederum die Frage, ob man etwas Diesbezügliches denn auch will oder warum, wenn nicht. Ich schliesse mich hier gerne dem Votum von Urban Sager an: Wenn doch der herrschende Umstand nicht gewünscht ist, warum wird dann dessen Verbesserung nicht angegangen? Persönlich kann ich es bezüglich der Austauschaktivitäten nachvollziehen, dass das Interesse für einen Austausch im Französisch sprechenden Raum nicht sehr gross ist. Im Nachhinein wäre ich aber froh, wäre dies bei mir damals mehr gepusht worden, ich könnte heute davon profitieren. Bei der Antwort auf die letzte Frage wird erwähnt, dass Möglichkeiten geprüft würden. Wiederum bleibt hier unklar, was der Stand dieser Prüfung ist und ob der Regierungsrat über das Ausmass glücklich ist oder nicht und ob man sich einfach mit dem geringen Interesse arrangieren will. Ich habe hier viele Fragen nachgeschoben und bin entsprechend gespannt auf die Ausführungen des Regierungsrates.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Um meine Antwort vorwegzunehmen: Ich persönlich finde den Zustand und das Ergebnis auch nicht gut, aber es ist eine Realität. Ich war das letzte Wochenende zusammen mit etwa 150 Kindern aus dem 2. und 3. Zyklus aus der ganzen Schweiz an einem Sportanlass in Thun. Diese Kinder sprachen miteinander praktisch ausschliesslich Englisch, kaum Deutsch und schon gar nicht Französisch, nicht einmal jene, die aus der Region um den Murtensee kommen, also von der Sprachgrenze. Ob man dies nun gut finden soll oder nicht, es ist nun einmal eine Tatsache. Entsprechend schwieriger ist es, Gegensteuer zu geben. Wie es Rosy Schmid-Ambauen erwähnt hat, ist es auch eine Tatsache, dass Französisch an der PH kaum mehr belegt wird. Wenn sich die Lehrerinnen und Lehrer schon nicht mehr mit Französisch identifizieren, dann wird es bei den Schülerinnen und Schülern noch einmal schwieriger. Ich mache mir schon Gedanken, wie man dies verbessern kann. Aber eine Woche lang ins Welschland zu reisen und dann dennoch nur wieder mit der deutschsprachigen Klasse halbe-halbe Fussball zu spielen, bringt wohl auch nicht so viel. Früher hatte man Brieffreundschaften. Ich könnte mir vorstellen, dies in den digitalen Unterricht einzubauen, wo der ehemals physische Austausch online und mündlich erfolgen würde. Wenn das Sprechen erst einmal klappt, folgt dann das Schreiben auch nach. Die Förderung von Französisch ist aber keine einfache Angelegenheit, und es ist schwer, der englischen Sprache Paroli zu bieten. Wenn ich die heutigen Jugendlichen sehe, wie sie Videos, Filme oder Fernsehen konsumieren, dann schauen sie sie in Englisch. In den nordischen Ländern können bereits die Fünfjährigen Englisch, weil es eben Pippi Langstrumpf nicht in Schwedisch gibt, sondern nur in Englisch. Wir sind uns dieser

Tatsachen bewusst, ich kann aber keine Versprechungen abgeben, dass man in zwei oder auch in fünf Jahren hier eine wesentliche Verbesserung sehen wird.